Entscheid für Atomendlager steht bevor

Die Nagra gibt am Montag bekannt, welchen Standort sie bevorzugt – die Spekulationen schiessen ins Kraut

DAVID VONPLON

40 Jahre dauert die Standortsuche nun schon an. Unzählige Studien hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) in dieser Zeit verfasst, Bohrungen und Sondierungen durchgeführt, neue Regionen identifiziert und wieder verworfen. Doch jetzt ist sie bei der Suche auf der Zielgeraden angelangt. Am nächsten Montag um 9 Uhr informiert die Nagra, welches Gebiet sie schweizweit für das geeignetste hält für die Lagerung des Atommülls. Seit der Termin bekannt ist, schiessen die Spekulationen ins Kraut. Am Donnerstag mutmassten mehrere Zeitungen, dass die Wahl wohl auf Nördlich Lägern gefallen sei.

Mit dem Vorschlag stellt die Nagra die Weichen für die Entsorgung des Atommülls: Auch wenn am Schluss voraussichtlich das Stimmvolk das letzte Wort über den Standortentscheid haben wird, dürfte dieser im laufenden politischen Prozess nur noch schwer umgestossen werden können.

Das Gebiet Nördlich Lägern wird als bevorzugter Standort der Nagra für ein Endlager gehandelt. ENNIO LEANZA / KEYSTONE

13 Kriterien

In der Auswahl befanden sich zuletzt noch drei Standorte: das Gebiet «Bözberg» im Aargau, «Zürich Nordost» zwischen Winterthur und Schaffhausen sowie «Nördlich Lägern» in den Kantonen Zürich und Aargau. In einer dieser Regionen soll ab 2050 mehrere hundert Meter unter Boden der schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfall aus Kernkraftwerken, Medizin und Industrie sicher und dauerhaft entsorgt werden.

240 Millionen Franken hat die Nagra allein in den letzten drei Jahren für Bohrungen an diesen drei Standorten ausgegeben – und sich damit ein nach eigenen Angaben vollständiges Bild des Untergrunds in den einzelnen Regionen verschafft. Anhand von 13 Sicherheitskriterien wird nun entschieden, welchen Standort es nun treffen soll – und wer aufatmen darf. Es handelt sich dabei um streng wissenschaftliche Kriterien. Die Nähe des Standorts zu einem Atomkraftwerk oder auch das Ausmass des Widerstands der Bevölkerung in der Region sind für den Entscheid nicht relevant.

Was die drei Standorte für ein Tiefenlager prädestiniert: Sie verfügen alle über eine mehr als hundert Meter dicke, sehr dichte und ruhig gelagerte Opalinuston-Schicht im Untergrund. Der Opalinuston ist das Gestein, in dem das Tiefenlager dereinst gebaut werden soll. Er gilt als die wichtigste Sicherheitsbarriere, die den radioaktiven Abfall langfristig einschliesst. Es bestehen jedoch Unterschiede zwischen den drei Gebieten. So liegt etwa die Opalinuston-Schicht nicht überall gleich tief. Auch sind die Gesteinsschichten oberhalb und unterhalb des Opalinustons jeweils verschieden. Schliesslich gilt es abzuschätzen, wie hoch das Risiko tektonischer Bewegungen ist, welche die Lagerung des radioaktiven Abfalls beeinträchtigen könnten.

Dem Vernehmen nach soll dabei tatsächlich die Region Nördlich Lägern die Sicherheitskriterien der Nagra am besten erfüllen. Dies, obwohl die Region noch 2015 von der Liste der favorisierten Standorte entfernt worden war, weil das Platzangebot im Untergrund nicht genügte. Erst nach einer Intervention des Eidgenössischen Nuklearinspektorats (Ensi) und des Kantons Zürich nahm die Nagra ihre Untersuchungen in der Region wieder auf.

Bereits fest steht, dass die Nagra am selben Standort zwei Lager bauen will – eines für schwach- und mittelaktive Abfälle sowie eines für hochaktive Abfälle. Ein solches sogenanntes «Kombilager» hat aus Sicht der Geologen ökologische Vorteile und ist erst noch deutlich günstiger gegenüber zwei gesonderten Einzellagern an verschiedenen Orten. Entsprechend gross sind auch die Ausmasse des Lagers: Über einer Fläche von nicht weniger als vier Quadratkilometern sollen sich die Kavernen und Tunnels erstrecken, in die das radioaktive Material dereinst eingeschlossen werden soll. Das schwach- und mittelaktive Material soll dabei in Endbehälter eingelagert werden, die in weiträumigen Kavernen deponiert werden. Das hochradioaktive Material wiederum soll in kleinen Tunnels in der Mitte der Opalinuston-Schicht aufbewahrt werden. Diese werden mit Bentonit eingekleidet, einem Gestein, das bei Feuchtigkeit quillt und dadurch Risse und Klüfte abdichtet.

Zürich will keine «heisse Zelle»

Zur Infrastruktur des Tiefenlagers gehören auch Anlagen an der Oberfläche. So ist auch der Bau einer sogenannten «heissen Zelle» geplant. In diesem nuklearen Hochsicherheitsbau sollen die gegenwärtig im Zwischenlager in Würenlingen im Aargau aufbewahrten radioaktiven Abfälle in Endlagerbehälter umgepackt werden. Der Standort dieser «heissen Zelle» ist allerdings noch nicht festgelegt.

Die Regierung des Kantons Zürich, in dem sich zwei der drei möglichen Standortgebiete befinden, hat bereits bekanntgegeben, dass sie es akzeptieren würde, wenn die Nagra zum Schluss käme, dass das Tiefenlager auf Kantonsgebiet gebaut werden solle. Im Sinne einer «angemessenen Lastenverteilung» sprach sich Energiedirektor Martin Neukom (Grüne) vergangenes Jahr jedoch dagegen aus, dass der Kanton gleichzeitig auch noch eine solche Verpackungsanlage auf Kantonsgebiet beherbergen muss. Am Montag dürfte die Nagra sich auch zu dieser delikaten Frage äussern.

Bis definitiv entschieden wird, wo das Tiefenlager zu stehen kommen wird, dürfte es derweil wohl weitere zehn Jahre dauern. In der nächsten Etappe wird die Nagra nun ein Rahmenbewilligungsgesuch für den Standort ausarbeiten, das dann von verschiedenen Kontrollinstanzen des Bundes und anderen Experten geprüft wird, darunter die Atomaufsichtsbehörde (Ensi) und das Bundesamt für Energie.

Wird das Gesuch für gut befunden, entscheidet der Bundesrat und später das Parlament über den Standort, was etwa um 2030 geschehen dürfte. Der Standortbeschluss untersteht dem fakultativen Referendum. Es ist damit nicht auszuschliessen, dass das Stimmvolk am Schluss den Entscheid umstossen wird. Die Suche nach einem Tiefenlager müsste dann wieder von vorne beginnen.

Tausende Pendler wegen Critical Mass verspätet

Rollt die Velo-Demonstration durch Zürich, stockt der öffentliche Verkehr – die VBZ können wenig dagegen tun

ISABEL HEUSSER

Für Tausende von Velofahrern in Zürich ist der letzte Freitag im Monat jeweils ein Highlight: Zum Feierabend fahren sie im Rudel durch die Stadt und legen rund zwei Stunden lang den Verkehr lahm. In den Sommermonaten bei schönem Wetter ist die Teilnehmerzahl besonders hoch. Wer dann in Auto, Bus oder Tram unterwegs ist und dringend das Kind von der Kita abholen oder die Grossmutter zum Arzt bringen muss, hat Pech gehabt. Auch Rettungsachsen wurden schon blockiert.

Keine Organisatoren

Oft gibt es in der Innenstadt kein Durchkommen mehr für Pendler, entsprechend sorgt die Critical Mass für Kritik. Das liegt auch daran, dass die Veranstaltung zwar durchaus organisiert ist, offiziell aber keine Organisatoren hat: Wenn ein Verkehrschaos ausbricht, will niemand dafür verantwortlich sein. Die Critical Mass sieht sich auch nicht als Demonstration, sondern lediglich als «spontanes, grosses Verkehrsaufkommen von Velos», wie es auf der Website von Critical Mass heisst. Mit der Aktion wollen die Velofahrerinnen und Velofahrer auf die Gefahren aufmerksam machen, denen sie im Verkehr ausgesetzt seien.

In der Stadtzürcher Politik ist die Critical Mass ein Dauerbrenner, weil sich die Organisatoren weigern, eine Bewilligung für die Durchführung einzuholen. Die Critical Mass, so das Argument der Unbekannten, sei einfach ein Teil des Verkehrs und blockiere diesen nicht.

Zahlen der Stadt zeigen nun allerdings, dass die vielen Velos den Verkehr sehr wohl aufhalten: Wenn die Critical Mass durch Zürich rollt, sind jedes Mal mehrere tausend Pendlerinnen und Pendler betroffen – an Spitzentagen bis zu 20 000. Entsprechende Zahlen verlangt hatten die beiden FDP-Stadtparlamentarier Alexander Brunner und Përparim Avdili in einer schriftlichen Anfrage. Sie wollten unter anderem wissen, wie viele Fahrgäste wegen unbewilligter Demonstrationen Ausfälle und Verspätungen im öffentlichen Verkehr hätten in Kauf nehmen müssen. Die Antwort des Stadtrats: Seit Anfang 2020 waren insgesamt etwa 140 000 Passagiere betroffen.

Störungen bis Betriebsende

Die Antwort zeigt auch auf, dass Störungen in der Regel länger dauern als die Demonstrationen selbst. Bei der Critical Mass sei es häufig vorgekommen, dass es am jeweiligen Tag bis Betriebsende der VBZ zu Unregelmässigkeiten gekommen sei.

Mit Verspätungen müssen Pendler auch in Zukunft rechnen, wenn die Critical Mass durch Zürich fährt – denn die Verkehrsbetriebe können sich nicht auf eine Teilnehmerzahl oder eine Route einstellen und den Fahrplan entsprechend anpassen. Die Situation bleibe «herausfordernd», hält der Stadtrat fest. Mit gezielter Polizeipräsenz werde versucht, die Massen zu steuern. Stadtpolizei und VBZ seien bestrebt, den «Dialog herzustellen». Den unbewilligten Umzug zu unterbinden, hat die Polizei in den letzten Jahren noch nie versucht.

Angaben zu den Kosten, die die Velo-Demo verursacht, macht der Stadtrat nicht. Die Verkehrsbetriebe rechnen aber mit Mehrkosten bei der Personalplanung im Fahrdienst, bei der Leitstelle, im Ereignismanagement und in der Disposition.

Bisher hat sich der Stadtrat gewunden und darauf verzichtet, bei den Verantwortlichen eine Bewilligung einzufordern. Doch das Thema ist noch nicht vom Tisch – es kehrt jeden letzten Freitag im Monat wieder.

Ein eigener Stadtteil für orthodoxe Juden?

Ehemaliger GLP-Politiker irritiert mit antisemitischem Tweet

KEVIN CAPELLINI

Es dauerte eine Weile, bis seine Nachricht grosse Aufmerksamkeit erlangte: Ein letzte Woche abgesetzter Tweet eines ehemaligen Solothurner GLP-Kantonsratskandidaten hat am Donnerstag für viel Kritik in den sozialen Netzwerken gesorgt. In seinem Tweet richtete er sich an die Stadt Zürich: «Welches Formular muss man bei euch ausfüllen, um wie die ultraorthodoxen Juden einen eigenen Stadtteil in Zürich zu bekommen und gleichzeitig nicht für das rückständige Leben verurteilt zu werden?» Damit spielte der Twitterer möglicherweise in antisemitischer Manier auf die unsichtbare Grenze des sogenannten Eruv ab, der in Zürich geplant ist und drei Stadtquartiere mit Nylonfaden verbinden soll. So sollen für orthodoxe Juden am Sabbat mehr Freiheiten ermöglicht werden.

«Rückständiges» Leben

Die Aussagen des ehemaligen Jungpolitikers sorgten für parteiübergreifende Kritik. Die Zürcher SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr kommentierte die Äusserungen als «unerträglich» und schloss sich der Zürcher FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel an. Diese zeigte sich in einem Statement über die Aussage des ehemaligen Jungpolitikers schockiert: Sie sei «sprachlos». Gegenüber «20 Minuten» erklärte sie, der Tweet sei erschreckend. Den Tweet ebenfalls verurteilt haben die beiden Zürcher FDP-Gemeinderäte Jehuda Spielman und Përparim Avdili, der auch die städtische FDP präsidiert. Avdili erklärte, die Veröffentlichung solcher Ansichten sei beschämend und die Tatsache, dass der Mann als Lehrer arbeite, sei umso besorgniserregender. Sein Parteikollege Spielman richtete sich auf Twitter derweil direkt an den ehemaligen GLP-Politiker und warf ihm mittelalterliche Intoleranz und Rückständigkeit vor.

Der Tweet ist mittlerweile vom Verfasser wieder gelöscht worden. Nach diversen kritischen Äusserungen auf Twitter sah sich der ehemalige Jungpolitiker, der im Kanton Solothurn als Primarlehrer unterrichtet, an der Universität Zürich Geschichte studiert und nebenbei auch Beiträge für die Plattform «Baba News» veröffentlicht, am Donnerstagmorgen dazu gezwungen, seine Aussagen zu erklären. In einer Stellungnahme schrieb er, dass seine Aussage missverstanden worden sei – wohl wegen seines sarkastischen Untertons, wie er meint. Entschuldigen wollte er sich für seine Äusserungen jedoch nicht. Er habe keineswegs Menschengruppen «pauschalisieren», sondern auf das orthodoxe Viertel in der Stadt Zürich aufmerksam machen wollen. Dies, weil er das in diesem Viertel geführte Leben als «rückständig» empfinde.

Partei verlassen

Da der Twitterer auf der Website der Solothurner GLP noch immer als Kantonsratskandidat für das Jahr 2021 aufgeführt gewesen war, sah sich dann auch seine ehemalige Partei zu einer Reaktion gezwungen und löschte sein Kandidatenprofil von der Seite. In einer Erklärung hiess es, dass der Mann seit dem vergangenen Jahr nicht mehr Mitglied der Partei sei. Er sei als Kandidat für den Kantonsrat für die Partei angetreten, sei gescheitert und habe die Partei danach wieder verlassen. «Er ist aus der GLP ausgetreten, da er unsere Parteihaltung nicht vertritt», hiess es.

Die Jungpartei, für die der Politiker ursprünglich kandidiert hatte, distanzierte sich mittlerweile gleichfalls öffentlich von den Aussagen ihres früheren Kandidaten. Die Aussagen entsprächen in keiner Weise der Meinung der Grünliberalen Partei oder der Jungen Grünliberalen. Ähnlich äusserte sich die GLP des Kantons Zürich, die die Aussagen scharf verurteilte. Als Partei setze man sich für eine offene und tolerante Gesellschaft ein.